



Diskussionsteilnehmer Hans-Iver Kley brachte unter anderem die Frage nach Fortführung der Subventionen für die europäische Landwirtschaft zur Sprache. FOTOS: FRIEDRICH HARTUNG



Referentin und Professorin Hedwig Wagner, Büchereileiterin und Moderatorin Claudia Knauer, Ministerin Mette Bock und EU-Politikerin Christel Schaldemose (v. l.) im Haus Nordschleswig.

EU-Politik: „Lasst uns progressiv sein“

Beim Politischen Forum der Deutschen Bücherei in Zusammenarbeit mit der SP und dem BDN gaben zwei Politikerinnen Einblicke in die politische Arbeit auf EU-Ebene

Von Sara Wasmund

APENRADE/AABENRAA Wohin bewegt sich Europa mit der Parlamentswahl 2019, und wie gehen die verbleibenden 27 EU-Länder mit EU-Skeptikern um? Europa-Parlamentarierin Christel Schaldemose (Soz.) und Kultur- und Kirchenministerin Mette Bock (LA) haben am Montagabend im Haus Nordschleswig beim Politischen Forum erst Rede und dann Antwort gestanden.

„Keine Frage – ich bin Anhänger der europäischen Zusammenarbeit“, so Christel Schaldemose, die für die dänischen Sozialdemokraten im EU-Parlament sitzt. „Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie erfinden, mit all unseren Herausforderungen, die wir haben! Aber ich bin auch kritisch und habe Vorschläge, was verbessert werden muss. Wir müssen

ehrlich sein. Sagen und benennen, was gut, aber auch was schlecht läuft. Man muss sich trauen zu sagen, dass es Herausforderungen gibt! Sonst gibt es immer mehr Bürger, die kein Zutrauen in die EU-Zusammenarbeit ha-



Christel Schaldemose

ben. Wir müssen Sorgen ernst nehmen“, so Schaldemose, sonst mache man den Fehler wie in Großbritannien,

wo sich zu viele Bürger unverstanden gefühlt hätten. Die Konsequenz: der Brexit.

Der Willen vieler Briten, aus der EU auszusteigen, zeige: Viele Menschen waren besorgt, es gab große Probleme mit der Freizügigkeit. „Und denen wurde nicht zugehört. Wir Politiker müssen Antworten finden. Freie Beweglichkeit ist gut – hat aber auch ihre Herausforderungen. Leute verlieren die Arbeit, stehen unter Druck, es gibt Sozialdumping“ so Schaldemose. Sie warb zudem für Fortschrittlichkeit in der Zusammenarbeit.

„Lasst uns progressiv sein. Sehen wir uns all die Steuerkandale in Europa an – hier ist es richtig, dass die EU mehr Kompetenzen erhält. Es gibt eine negative Steuerkonkurrenz in der EU. Unternehmen ziehen dahin, wo es am billigsten ist, und zum Teil werden von Großkonzernen gar keine

Steuern bezahlt. Kleine und mittlere Unternehmen müssen Steuern bezahlen – und die großen kommen drum herum? Hier kann die EU gerechte Rahmen schaffen.

Und wie will Mette Bock die Europapolitik prägen? Hätte sie vor zwei Jahren jemand gefragt, ob sie für die EU kandidieren will, hätte sie mit einem klaren Nein geantwortet, so die Ministerin, die für die Liberale Allianz für die EU-Wahl kandidiert. Aber seitdem sei viel passiert. Der Brexit, Trump, europakritische Bewegungen im Osten, Putin im Nacken, für Bock alles Gründe, um etwas auf EU-Ebene bewegen zu wollen. „Ich will die europäische Zusammenarbeit stärken. Wir können nicht einfach so weitermachen. Es gibt Bereiche, in denen die EU verschlankt werden muss“, so Bock. Und: „Wir müssen der Kritik aus der Bevölkerung zuhören.

Wenn wir nicht zuhören, werden die Gräben immer tiefer.“ Mette Bock, die seit 2011 Mitglied des dänischen Parlaments ist und u. a. als europapolitische Sprecherin für ihre Partei aktiv war, sagte, die EU sollte sich nicht mit



Mette Bock

Steuerpolitik beschäftigen „und nie Steuern erheben“. Auch in Sachen Wohlfahrts-

leistungen sollten die Länder und nicht die EU bestimmen. „Auch hier müssen wir der Kritik zuhören. Wenn die Bevölkerung der Meinung ist, dass es fragwürdig ist, wenn beispielsweise ein Pole hier arbeitet und das dänische Kindergeld an seine Kinder schickt, obwohl das Niveau in seinem Land viel geringer ist, sollten wir das ernst nehmen. Wenn wir nicht hören, wird der Graben immer tiefer. Außerdem gibt es in Sachen Kindergeld eine völlig andere Kultur in den verschiedenen Ländern. Das muss man wissen.“ Eine stärkere EU-Zusammenarbeit wünscht sich Bock hingegen bei der Sicherung der Außengrenzen und der Kontrolle der Migration. „Schengen-Absprachen sind in einer ganz anderen Zeit in einer ganz anderen Welt gemacht worden. Die Welt sieht heute anders aus. Dazu müssen wir uns verhalten.“